



GRÜNDUNGSMANIFEST SP QUEER

1. Wer wir sind

Wir sind queerfeministische Kampflésben, Tunten, Schwule, Bisexuelle, non-binäre Personen, trans Menschen, warme Geschwister, Falschsexuelle, agender, fluide, asexuell und alles ausserhalb und dazwischen.

Wir haben uns entschieden, aus den einengenden Strukturen auszubrechen, in die uns die Gesellschaft gezwängt hat, und wollen dabei nicht nur das Patriarchat, sondern auch kolonialistische Strukturen und den Kapitalismus überwinden. Wir sind linke queere Menschen und haben uns deshalb entschieden, Mitglieder der SP zu werden, denn niemand ist frei, bis nicht alle frei sind.

Out of the Closet and into the streets, in die Partei und Parlamente, denn unsere Stimmen haben es verdient, gehört zu werden.

2. Wie wir arbeiten

a. Wir sind intersektional

Solidarität ist der Kern sozialdemokratischen Denkens. Das heisst in der Praxis, die linke Bewegung als Verflechtung unterschiedlichster politischer Kämpfe zu begreifen und sich mit diesen zu solidarisieren. Wir fordern diese Solidarität.

b. Wir reden mit

Unseren Zugang zu Parteigremien und Institutionen wollen wir nutzen, um dafür zu sorgen, dass die queere Perspektive nicht vergessen geht, dass queere Lebensrealitäten und Erfahrungen anerkannt werden und dass jenen Gehör geschenkt wird, die sonst nicht zu Wort kommen. Wir sitzen dann mit am Tisch, wenn es um Themen geht, die queere Menschen betreffen – damit Politik nicht über, sondern mit uns gemacht wird.

c. wir sind vernetzt

Eine SP, die sich für queere Menschen einsetzt, muss eine Selbstverständlichkeit sein. Doch genauso selbstverständlich muss es sein, dass die queere Community linke Werte vertritt. Diskriminierung, Unterdrückung und Benachteiligung entstehen nicht wegen unserer Queerness, sondern wegen den cis-heterosnormativen Strukturen unserer patriarchalen und kapitalistischen Gesellschaft. Die Befreiung von queeren Menschen kann nur von links kommen, denn keine andere politische Gesinnung stellt das Wohl jedes einzelnen Menschen so konsequent ins Zentrum.



Davon müssen wir unsere queere Community überzeugen und Seite an Seite für die Freiheit aller kämpfen.

d. wir sind überall

Das Queersein ist nicht der grossen Städte eigen. Queers gibt es überall, und queere Aktivismus muss es auch überall geben. Wir sind in jedem Ort, in jeder Gemeinde aktiv, auf dem Land wie in den Bergen. Wir wollen nicht nur Safer Spaces schaffen, sondern die ganze Welt zu einem Ort machen, wo sich alle Menschen wohl fühlen. Wir haben keine Angst vor Herausforderungen, und unser Engagement führt uns überall hin, wo unser Aktivismus nötig ist.

3. Was wir fordern

a. Migration

Gleichgeschlechtlicher Sex steht auch heute noch in über siebzig Ländern der Welt unter Strafe. Dennoch gelten eine von der cis-Heteronorm abweichende sexuelle Orientierung und/oder Geschlechtsidentität nicht als Grund, um in der Schweiz Asyl zu erhalten.

Hinzu kommt, dass viele queere Geflüchtete in den Asylzentren kein Outing wagen – dies aufgrund der mangelnden Unterstützung und des fehlenden Zugangs zu bestehenden Angeboten. Und diese Probleme betreffen nur jene, die es überhaupt in die Schweiz schaffen, denn Asyl kann nur innerhalb der Schweizer Landesgrenzen beantragt werden.

Die Schweiz hat die Verantwortung, über ihre Landesgrenzen hinauszublicken und unsere privilegierte Lage dazu zu nutzen, die Folgen globaler Ungleichheit zu mindern und schliesslich zu überwinden. Deshalb fordern wir, dass in der Schweiz

- queer sein als Asylgrund anerkannt wird und diese Anerkennung umgesetzt wird.
- dass das Mittel des Botschaftsasyls wieder eingeführt wird.
- dass queerfeministische Perspektiven in unsere Aussen- und Wirtschaftspolitik einfliessen.
- Langfristig das Recht auf Freizügigkeit und das uneingeschränkte Aufenthaltsrecht für alle Menschen

b. Soziale Sicherheit

Laut dem TGNS liegt die Arbeitslosigkeit bei trans Menschen in der Schweiz bei 20% und ist somit fünfmal höher als in der Durchschnittsbevölkerung. Queere Menschen erfahren diverse Diskriminierungen, deren Folge es ist, dass sie auf dem



Arbeitsmarkt gegenüber ihren cis/ heterosexuellen Mitmenschen benachteiligt werden. Wir sind uns bewusst, dass viele queere Menschen von Sozialversicherungen abhängig sind, sei dies aufgrund von Arbeitslosigkeit, Invalidität oder ähnlichem. Deswegen kann eine Besserung der Lebensbedingungen von queeren Menschen nur durch eine Erhöhung der sozialen Mindestnormen geschehen.

Deshalb fordern wir:

- Dass Sozialversicherungen und AHV allen ein menschenwürdiges Leben und ein aktives Sozialleben ermöglichen.

c. Familie

Die Ehe für alle war ein grosser, wenn auch später, Schritt in Richtung Gleichstellung in der Schweiz. Zwischen dem Aufkommen der Forderung und ihrer Realisation konnten sich andere Beziehungs- und Familienmodelle etablieren, die nun ebenfalls rechtlich gleichgestellt werden müssen. Von polyamoren Beziehungen über Patchworkfamilien zu Kommunen haben sich Menschen die unterschiedlichsten Formen gesucht, in denen sie sich umeinander kümmern. Die heterosexuelle Ehe Rechtlich zu privilegieren ist ein Anachronismus, den Reaktionäre Kräfte aufrechterhalten, um ihre Patriarchale Gesellschaftsvorstellungen zu realisieren.

Aufgabe des Staates ist es nicht, auf Konsens basierende Beziehungsmodelle zu hierarchisieren, sondern ihnen alle rechtliche Sicherheit und gleiche Möglichkeiten zu bieten. Deshalb fordert die SP-Queer:

- Kurzfristig: die vollkommene Gleichstellung der gleichgeschlechtlichen Ehe mit der heterosexuellen Ehe, insbesondere im Bereich Fortpflanzungsmedizin.
- Mittelfristig: die Möglichkeit, diverse Beziehungs- und Familienmodelle rechtlich absichern lassen zu können.
- Langfristig: die Abschaffung der Ehe
- Mittelfristig: die Abschaffung des amtlichen Geschlechtseintrags

d. Bildung

Einen grossen Teil unserer Jugend und darüber hinaus verbringen wir in Bildungseinrichtungen. Oft gelingt es den Institutionen allerdings nicht, queere Menschen vor Mobbing und Gewalt zu schützen und die Vielfalt der Geschlechter und sexuellen Orientierungen angemessen anzuerkennen. Hinzu kommt, dass Mobbing auch vom Personal der Bildungseinrichtungen ausgehen kann. Im Kern des Problems liegt die grundsätzlich autoritäre Gestaltung unseres Schulsystems. Dieses System verspiegelt und ausübt Machtverhältnisse und Diskriminierung, die in die Gesamtgesellschaft auf Spiel sind. Dies zu überschreiten ist nur durch eine grundsätzliche Änderung unseres Erziehungs- und Bildungssystem möglich. Konkret



brauchen wir Bildungsinstitutionen, der Mensch und seine Bedürfnisse ins Zentrum setzen und den Auszubildenden Mitbestimmung bietet. Dabei wären Schulen, in denen echte Vielfalt gelebt wird, die beste Massnahme gegen homo- und trans feindliches Verhalten.

Der Staat als Träger dieser Institutionen kann und soll sie in die Pflicht nehmen, damit die Institutionen für alle da sind. Zum Beispiel indem:

- Dass Schulen sich für Vielfalt einsetzen, dies offen kommunizieren und Informationen und Ressourcen für Schüler*innen bereitstellen, die auf queere Kinder zugeschnitten sind.
- Der Unterricht (insbesondere in Biologie und Sexualkunde) so gestaltet wird, dass er den diversen queeren Lebensrealitäten gerecht wird.
- Gendergerechte Sprache Alltag wird

e. Schutz

Als marginalisierte Gruppe sind queere Menschen in den unterschiedlichsten Formen und an den unterschiedlichsten Orten Opfer von Gewalt. Das passiert auf der Strasse in Form von physischer Gewalt oder in Konversionstherapien in Form von psychischer Gewalt. Aber es passiert auch in weniger klar ersichtlichen und benennbaren Formen im Alltag: im Rahmen der Familie, am Arbeitsplatz, in der Schule, etc. Sei es sozialer Ausschluss, böse Sprüche, oder gutgemeinte Witze.

Als Queers sind wir uns jedoch bewusst, dass keine strafrechtliche Schutzmassnahme nachhaltig ist. In einem bürgerlichen Staat Polizei und Strafsystem die Verteidiger*innen der Interesse der Bourgeoisie, und dass sie grundsätzlich reaktionäre Institutionen sind. Sie würden nie zögern, sich gegen uns zu wenden. Deshalb kann eine effektive queere Befreiung nur durch die Abschaffung der Polizei, der Gefängnisse und des Strafsystems insgesamt. Dieser besonderen Form der Unterdrückung gilt es Rechnung zu tragen und Massnahmen zu unserem Schutz zu ergreifen. So fordern wir:

- Ein nationales Verbot von Konversionstherapien
- Ein Flächendeckendes Unterstützungsangebot für Menschen in psychischer oder physischer Not In Form von Schlupfhäusern, Beratungs- und Anlaufstellen, etc.
- Einen nationalen Aktionsplan gegen Gewalt an queeren Menschen
- Langfristig, die Abschaffung von Polizeikräften und Gefängnissen

f. Gesundheit

Dass Gesundheit historisch gesehen ein Thema der queeren Community ist, dürfte kaum überraschen. Spätestens seit der AIDS-Krise dreht sich ein grosser Teil des Aktivismus in unserer Community um unsere Gesundheit. Auch wenn es, von der



Grössenordnung her, nicht vergleichbar ist mit dem bewussten und absichtlichen Versagen des Staates in der AIDS-Krise, kommt man nicht umhin, heute ähnliche Muster in der Gesundheitspolitik zu erkennen. Alarmierende Daten zur psychischen und physischen Gesundheit von queeren Menschen gibt es seit langem zur Genüge. Koordinierte Massnahmen aus der Politik, um die psychische und physische Gesundheit von sexuellen und geschlechtlichen Minderheiten zu stärken, sucht man allerdings vergeblich.

Hinzu kommt die Tatsache, dass medizinisches Fachpersonal weder sensibilisiert noch ausgebildet ist um queere Patient*innen zu behandeln.

Auch private Krankenkassen sind Feinde queerer Menschen, in dem sie alles Mögliche tun, um die Kosten, die unsere Behandlungen verursachen, nicht zu übernehmen. Eine logische Konsequenz aus ihrer Organisation als private Unternehmen, die dem Gewinn und nicht den Menschen verpflichtet sind.

Weil wir nicht länger zusehen können und möchten, fordern wir:

- Einen nationalen Aktionsplan zur Förderung der psychischen Gesundheit von queeren Menschen
- Ein strafrechtliches Verbot von geschlechtsverändernden Eingriffen (chirurgisch-hormonell) an intergeschlechtlichen Kindern und einen Aktionsplan mit Begleitmassnahmen zu einem solchen Verbot.
- Die Übernahme der Kosten für PrEP, Verhütung und Tests auf alle STI/STDs durch die Grundversicherung der Krankenkasse.
- Das Einführen einer staatlichen Einheitskrankenkasse
- Eine jährliche Minimalquote von Ärzt*innen, die in queerer Gesundheit ausgebildet werden, insbesondere in den Bereichen Chirurgie und sexuelle Gesundheit
- Die vollständige Übernahme der Kosten für psychische Gesundheitsfürsorge durch die Basiskrankenversicherung ohne Kostensteigerung für die Versicherten.
- Das Ernstnehmen und sofortige Handeln der Regierung gegen Infektionskrankheiten, von denen vor allem queere Gemeinschaften betroffen sind.
- Das Recht auf Abtreibung ohne Einschränkungen und die Streichung der Erwähnung von Abtreibung aus dem Strafgesetzbuch.

Besondere Beachtung in diesem Bereich verdient die Gesundheit von trans Menschen:



Trans Personen zählen zu den besten Zeug*innen über die Kontrolle, die die Medizin heute auf die körperliche Selbstbestimmung der Menschen ausüben kann. Obwohl Patient*innen Expert*innen ihrer eigenen körperlichen Gesundheit sind, wird ihnen Zutritt zu Behandlungen, die sie brauchen, von Ärzt*innen verwehrt, oder nur nach unnötigen, extensiven und invasiven Untersuchungen erlaubt. Als Sozialist*innen glauben wir, dass der Mensch frei ist, über seinen eigenen Körper zu bestimmen.

Deshalb fordern wir:

- Kurzfristig, Übernahme von Transitionskosten im Ausland
- Zutritt zur medizinischen Transition ohne Vorbedingungen
- Kurzfristig die quantitative und qualitative Verbesserung des Unterbringungssystems für obdachlose Menschen.
- Langfristig die Einhaltung des Rechts auf Wohnen für alle Menschen.

g. Raum

Das queere Leben findet schon immer vor Ort statt. Trotz digitaler Alternativen bleiben Cruising Spots, Bars, Jugendtreffs, etc. das Herz unserer Community. Steigende Boden- und Immobilienpreise führen dazu, dass solche Räume zunehmend teuer werden oder ganz aussterben. Das nimmt der Community ihre Existenzgrundlage. Der persönliche Austausch mit anderen queeren Personen ist ein so wichtiger Teil des Coming Outs.

Unsere Community braucht Raum und insbesondere die überall entstehenden Organisationen brauchen Orte, an denen sie sich in einem sicheren und inklusiven Umfeld treffen können. Deshalb fordern wir:

- Ein Schweizweites Netz von Konsumfreien Räumen
- Die graduelle Nationalisierung des Immobilienbestandes
- Kostenmiete

h. Sex Arbeit

Wegen den im beruflichen Leben bestehenden Diskriminierungen werden queere Menschen, und vor allem trans Frauen, oft in die Parallelwirtschaft verschoben. Für viele heisst das Sex Arbeit. Aktuell ist Sex Arbeit auf der kantonalen Ebene reguliert, und ist in vielen Kantonen unter der Kontrolle der Polizei. Menschen, die Sex Arbeit ausüben, werden vom Staat nicht geschützt, sondern als eine Gefahr behandelt. Insbesondere soll an dieser Stelle betont werden, dass das schwedische Modell keinen angemessenen Schutz von Sexarbeiter*innen garantiert. Die vollumfassende Legalisierung und entsprechende Regulierung mit dem Schutz der Sexarbeiter*innen als Maxime sind der einzige gangbare Weg.



Deshalb fordern wir:

- Regelmässige öffentlich getragene Kampagnen gegen HIV und STI
- Angemessene öffentliche Regulierung von Sexarbeit

i. Wirtschaft

Die neoliberale Doktrin der letzten Jahrzehnte hat die wirtschaftlichen Ungleichheiten verschärft. Statistisch gesehen sind queere Menschen prekärer beschäftigt und daher im Durchschnitt stärker mit den negativen Folgen des Kapitalismus konfrontiert als queere Menschen. Der Kampf für eine gerechte und solidarische Wirtschaft wird insbesondere die queere Gemeinschaft entlasten. Als Sozialisten müssen wir eine gleiche Verteilung des Reichtums, komfortable materielle Lebensbedingungen für die gesamte Bevölkerung und Arbeitsbedingungen, die eine Entfaltung ermöglichen, fordern. Zu den konkreten Maßnahmen zum Aufbau einer gerechten Wirtschaft gehören:

- Die Einführung eines ausreichenden Mindestlohns auf nationaler Ebene.
- Die Einführung einer maximalen Spanne zwischen den niedrigsten und höchsten Löhnen innerhalb eines Unternehmens.
- Die Verkürzung der Arbeitswoche.
- Langfristig: Die Überwindung des Kapitalismus.